



Presseschau vom 23.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Polina Duhanova, Aloena Medvedeva: **Unipolare Welt: Warum Großbritannien auf eine "globale NATO" pocht**

Wenn es nach der britischen Außenministerin Liz Truss geht, braucht es die Schaffung einer "globalen NATO". Die Erweiterung der Organisation sei notwendig, um die Kontrolle über die Sicherheit in der indo-pazifischen Region zu sichern. Doch was steckt wirklich dahinter?

...

<https://kurz.rt.com/2z7i> bzw. [hier](#)

Alexei Sakwassin, Maxim Lobanow: **"Unabhängigkeit von westlicher Technologie": Fortschritte bei Entwicklung von Flugzeugtriebwerk PD-8**

Das russische Unternehmen "United Engine Corporation" hat die Prüfstandtests des ersten Prototyps des PD-8-Flugzeugantriebs abgeschlossen. Entwickelt wird das PD-8 für das Passagierflugzeug SSJ-100 und das Amphibienflugzeug Be-200. Mit der Entwicklung eines neuen Triebwerks soll die technologische Unabhängigkeit der russischen Zivilluftfahrt vom Ausland gestärkt werden. ...

<https://kurz.rt.com/2z7m> bzw. [hier](#)

Alexander Nepogodin: **Krise in Transnistrien: Wird der Ukraine-Konflikt auf andere Teile Europas übergreifen?**

Während die Augen der Welt auf die Ukraine gerichtet sind, steht Transnistrien vor einer explosiven Situation. Das kleine Territorium, das seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion de facto selbstverwaltet ist, wird international als Teil Moldawiens betrachtet. ...

<https://kurz.rt.com/2z7e> bzw. [hier](#)

Polina Duchanowa, Alojena Medwedewa, Alexei Latschew: **Warum der Westen den Dialog zwischen Moskau und Kiew nicht unterstützen möchte**

Ziel der westlichen Staat sei es, Russland im Ukraine-Konflikt so viel Schaden wie möglich zuzufügen. Kiew ist in Verhandlungen gegenüber Russland kein selbstständiger Akteur, sondern komplett den Interessen des Westens ausgeliefert. ...

<https://kurz.rt.com/2za2> bzw. [hier](#)

Maria Müller: **Das OAS-Gipfeltreffen von Staaten in Amerika macht eine Schwächung der US-Hegemonie sichtbar**

Auch in Lateinamerika gibt es heute eine Zeitenwende. Die Auseinandersetzungen um die Teilnahme am Gipfeltreffen der OAS am 6. Juni 2022 in Los Angeles, USA, zeigen ein neuerlich wachsendes Selbstvertrauen der lateinamerikanischen Staaten. ...

<https://kurz.rt.com/2zc0> bzw. [hier](#)

Maria Müller: **USA kündigen Lockerungen der Sanktionen gegen Kuba an – Kubaner bleiben skeptisch**

Präsident Biden versprach in seiner Wahlkampagne, die Beziehungen zu Kuba zu verbessern. Washington hat nun angedeutet, die extremen antikubanischen Maßnahmen der Ära Trump zu überprüfen. Erste Erleichterungen wurden verkündet. ...

<https://kurz.rt.com/2zby> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: "Es gibt keine Nazis in der Ukraine!" Ein deutsches Narrativ

Die Europäische Rundfunkunion hat einen Beitrag des russischen Fernsehens übernommen, der die Kapitulation der Kämpfer in Asowstal dokumentiert. Zu sehen sind auch Männer mit Tätowierungen faschistischer Symbole. Diese Aufnahmen wurden herausgeschnitten. ...
<https://kurz.rt.com/2zcs> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:25 de.rt.com: **Russischer Präsidentenberater Medinski: Russland ist bereit, die Gespräche mit der Ukraine fortzusetzen**

Wie der russische Präsidentenberater Wladimir Medinski in einem Interview mit dem weißrussischen Fernsehsender ONT am Sonntag erklärte, sei Russland bereit, die Verhandlungen mit der Ukraine fortzusetzen, die Initiative zum Einfrieren der Verhandlungen komme jedoch aus Kiew.

"Wir sind unsererseits bereit, den Dialog fortzusetzen. Aber ich möchte noch einmal betonen: Der Ball für die Fortsetzung der Friedensgespräche liegt auf der ukrainischen Seite. Das Einfrieren der Verhandlungen geht ausschließlich auf die Initiative der Ukraine zurück", sagte Medinski.

Er fügte hinzu, dass der Westen versuche, die Ukraine finanziell und politisch zu binden, sodass die nächsten Generationen der Ukrainer für die von ihm geleistete Hilfe bezahlen müssen. Dadurch werden der Ukraine "maximale finanzielle und politische Verpflichtungen" auferlegt, welche das Land in eine "Kolonie verwandeln" könnten.

21:47 de.rt.com: **Katar: Iranische Führung ist offen für "Kompromiss" in der Atomfrage**

Nach der Darstellung des katarischen Außenministers ist die iranische Führung offen für einen "Kompromiss" zur Wiederbelebung des Atomdeals. Der Emir von Katar traf Mitte Mai in Teheran ein, um unter anderem zwischen Washington und Teheran zu vermitteln.

Der Außenminister von Katar erklärte am Samstag laut dem Fernsehsender Al Jazeera, dass die iranische Führung ihre Bereitschaft zu einem "Kompromiss" in Bezug auf das iranische Atomprogramm zum Ausdruck gebracht habe. Mitte Mai traf der Emir von Katar in Teheran ein, um unter anderem zwischen Washington und Teheran zu vermitteln. Seine Reise galt damals als letzter Versuch zur Wiederbelebung des Atomdeals. In Teheran traf der Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad Al-Thani, das politische und religiöse Oberhaupt Irans, Ali Chamenei.

Der in Katar ansässige Sender Al Jazeera zitierte Außenminister Scheich Mohammed bin Abdulrahman Al-Thani mit den Worten, dass eine Wiederbelebung des Atomabkommens die Stabilität in der Golfregion stärken und den Ölmarkt stabilisieren könne.

"Die Zufuhr zusätzlicher Ölmengen durch Iran auf den Markt wird dazu beitragen, die Rohölpreise zu stabilisieren und die steigende Inflation einzudämmen", so Abdulrahman Al-Thani. Bisher haben sich die Ölproduzenten aus dem Persischen Golf, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, dem Druck der Biden-Regierung widersetzt, im Zuge des Ukraine-Kriegs zur Senkung der Ölpreise die Rohölförderung zu erhöhen.

Als Reaktion auf die Äußerungen des katarischen Außenministers gab der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Saeed Khatibzadeh, bekannt, dass der Oberste Führer Irans, Chamenei, keine Bemerkungen über einen möglichen Kompromiss gemacht habe. Jedoch stimmte er mit dem Emir von Katar darin überein, "dass die Verhandlungen produktiv und keine Zeitverschwendung sein sollten".

Auch der EU-Beauftragte für Iran, Enrique Mora, warb vor Kurzem in Teheran für eine Einigung bei den stockenden Atomverhandlungen mit Iran. Inzwischen hat sich in den vergangenen Wochen der Golfstaat Katar eingeschaltet, um zwischen Iran und den USA bei

den Gesprächen zur Wiederbelebung des Atomdeals zu vermitteln. Katar solle als eine Quasi-Garantiemacht in verschiedene iranische Projekten investieren, im Gegenzug solle Teheran sein Atomprogramm beschränken.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628a051048fbef0d97103795.jpg>

22:10 de.rt.com: **Russland will bis zum Ende Herbst etwa 50 neue Interkontinentalraketen vom Typ Sarmat in den Dienst nehmen.**

Russland will bis zum Ende des Herbstes etwa 50 neue Interkontinentalraketen vom Typ Sarmat in den Dienst nehmen. Wie der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, laut der Agentur Interfax mitteilte, sollen die Raketen im sibirischen Krasnojarsk hergestellt werden. Ende April hatte Russland auf dem nordrussischen Weltraumbahnhof Plessetzk einen Testabschuss mit der Interkontinentalrakete durchgeführt. Interkontinentalraketen des Typs Sarmat haben eine Reichweite von 18.000 Kilometern und sind mit atomaren Sprengköpfen bestückbar. Somit sind Angriffe sowohl über den Nordpol als auch über den Südpol möglich und Ziele weltweit erreichbar. Die ersten Einheiten sollen im sibirischen Großbezirk Krasnojarsk stationiert werden. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte in Bezug auf die Raketen erklärt, diese würden alle Arten der Raketenabwehr überwinden und jene zum Nachdenken zwingen, die im Feuereifer einer abgebrühten, aggressiven Rhetorik versuchen, Russland zu bedrohen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628a958fb480cc62054947fe.jpg>

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Wegen Energiewende der Bundesregierung: Stadtwerke sollen Rückbau der Gasnetze planen**

Die Bundesregierung möchte im Rahmen ihrer verabschiedeten Energiewende anstatt auf

fossile Brennstoffe künftig zunehmend auf klimaneutrale Energie setzen. Deshalb soll nach Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums jetzt auch das deutsche Erdgasverteilnetz zurückgebaut werden. Doch die Pläne stoßen auf teils heftige Kritik.

Die Bundesregierung plant im Rahmen ihrer Energiewende Berichten zufolge offenbar den Rückbau des deutschen Erdgasverteilnetzes. Auf einer Stadtwerke-Tagung vergangene Woche soll Patrick Graichen, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, die dort anwesenden Branchenvertreter demnach dazu aufgefordert haben, mit den Planungen für den "Rückbau" des Netzes zu beginnen. Das berichtet die Zeitung Welt am Sonntag unter Berufung auf Teilnehmerkreise.

Graichen habe in der Runde auf den Zeitplan für die Dekarbonisierung der Volkswirtschaft, die Umstellung der Energiewirtschaft auf einen niedrigeren Kohlenstoffumsatz, verwiesen. "Natürlich ist im Jahr 2045 da kein Gas mehr in den Netzen", erklärte der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) beauftragte Staatssekretär den Tagungsteilnehmern zufolge. Einzelne Heizungen künftig mit klimaneutralem Wasserstoff zu betreiben, sei "Träumerei", so Graichen weiter. Er leitete in der Vergangenheit auch den Thinktank [Agora Energiewende](#), eine von der Bundesregierung mitfinanzierte Denkfabrik, die sich nach eigenen Angaben den Energiezielen der Europäischen Union verschrieben hat.

Die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums sorgten indes für heftige Kritik. Denn sollten sich diese durchsetzen, würde das nach dem voreiligen Ausstieg aus der Kernenergie und dem Ende der Kohle-Energiegewinnung erneut einen radikalen Einschnitt in die bisherige Struktur der deutschen Energieversorgung bedeuten. Die deutsche Energiewirtschaft ging bislang davon aus, dass die Gaspipelines vorerst weiter genutzt und dann schrittweise für den Transport von klimaneutralen Brennstoffen wie Wasserstoff, Biogas und synthetischem Methan umgerüstet würden.

"Es ist nicht zielführend, so mir nichts, dir nichts den Rückbau der Gasverteilnetze in den Raum zu stellen", erklärte Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), in dem mehr als 900 Stadtwerke organisiert sind, der Welt am Sonntag. "Damit würde eine bestehende Infrastruktur entwertet, die mehrere Hundert Milliarden Euro wert ist." Jetzt in die Rückbauplanung einzusteigen "ist, als wenn man das Pferd von hinten aufzäumt", so Liebing weiter. "An den Netzen hängen Millionen Haushalte, die zuerst eine machbare Perspektive brauchen."

Der Präsident des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und Chef des Stadtwerkeverbunds Thüga, Michael Riechel, fand im Gespräch mit der Fachzeitschrift Top Agrar gar noch deutlichere Worte für die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums:

"Die Aussagen sind an Dreistigkeit und Ignoranz nicht zu überbieten. Die Stadtwerke jetzt aufzufordern, den Rückbau der Gasnetze zu planen, ist grob fahrlässig."

Der DVGW-Präsident warf Graichen zudem "ideologische Scheuklappen" vor. "Es ist bei den Technologien, die wir künftig nutzen sollten, keine Frage des Entweder-Oder, sondern von Sowohl-als-Auch. Nur wenn wir alle Technologieoptionen nutzen – das heißt Wärmepumpe, Fern- und Nahwärmenetze, H2-ready-Gaskraftwerke und klimaneutrale Gase in den Bereichen Wärme, Industrie und Verkehr –, werden wir die Energie- und Klimawende rechtzeitig schaffen und bezahlbar gestalten", erklärte Riechel.

Auch bei der von Deutschland angestrebten klimaneutralen Energieversorgung könnten Gasverteilnetze "eine wichtige Rolle spielen, indem sie etwa Wasserstoff oder andere klimaneutrale Gase zu den Endkunden transportieren", betonte Liebing gegenüber der Welt am Sonntag. Deshalb sei "Technologieoffenheit von zentraler Bedeutung, sonst verbauen wir uns vollkommen ohne Not Wege, die wir später noch benötigen", so der Sprecher der kommunalen Versorgungswirtschaft.

Zugehörige Pläne der Bundesregierung, wonach Gasheizungen ab 2024 praktisch nicht mehr zugelassen werden sollen, stoßen nicht nur bei dem VKU-Chef auf Zweifel. Denn statt auf

Gasheizungen möchte das mit der Energiewende beauftragte Team um Habeck künftig auf die millionenfache Verbreitung der strombetriebenen Wärmepumpe setzen.

"Man versucht, eine bestimmte Technologie, die Wärmepumpe, mit aller Gewalt in den Markt zu drücken, ohne dass es den Wärmekunden helfen wird. Für die wird es nur teuer, sehr teuer", schimpfte der DVGW-Vorstandsvorsitzende Gerald Linke im Gespräch mit der Welt am Sonntag. Ähnlich wie Riechel verwies nämlich auch er darauf, dass Graichens Forderung "offenkundig von Ideologie getrieben" sei.

Deutschland verfügt mit seinen über 500.000 Kilometern an Gasverteilnetzen über eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur. Anders als im Stromnetz ließen sich hier zudem große Mengen Energie speichern. "Während die Strominfrastruktur ihren Ausbauplänen hinterherhinkt und noch nicht an die künftigen Leistungsanforderungen angepasst ist, steht mit den Gasverteilnetzen eine leistungsfähige Infrastruktur bereits zur Verfügung", erklärte der Geschäftsführer der Brancheninitiative Zukunft Erdgas, Timm Kehler, der Welt am Sonntag.

Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lehnt die Pläne zum Gasnetzrückbau der Bundesregierung ab. "Ein Rückbau der Verteilnetze zum jetzigen Zeitpunkt wäre vor allem mit Blick auf die Vielzahl dort angeschlossener Gewerbe- und Industriekunden absolut kontraproduktiv", sagte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae. Die frühere Grünen-Politikerin verwies zudem darauf, dass über die Leitungen derzeit rund 20 Millionen Haushalte und etwa 1,8 Millionen Unternehmen versorgt würden. "Die Gasverteilnetze sind ein essenzieller Bestandteil unseres zukünftigen Energiesystems und stärken die Resilienz des gesamten Versorgungssystems", so Andreae.

Ziel müsse es stattdessen sein, "Schritt für Schritt Erdgas durch Wasserstoff und andere klimaneutrale Gase zu ersetzen". Dies sei "volkswirtschaftlich effizient und kann entscheidend zur Versorgungssicherheit beitragen".

Lediglich die Deutsche Energie-Agentur (Dena), zu deren Gesellschaftern unter anderem auch das Bundeswirtschaftsministerium gehört, hält die Pläne der Bundesregierung für plausibel. In ihrer [Leitstudie](#) zur Klimaneutralität kommt die Dena demnach zu dem Schluss, dass der Verbrauch gasförmiger Energieträger in Deutschland bis 2045 um rund ein Drittel zurückgehen werde. Deshalb sei es "sinnvoll", "die Gasverteilnetze langfristig an die geringere Nutzung durch entsprechende Rückbaumaßnahmen anzupassen", heißt es in der Studie.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628a300d48fbef0d971037ba.jpg>

7:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Zwei Tote im Dorf Beloserka im Gebiet Cherson nach Beschuss durch ukrainische Armee**

Ukrainische Nationalisten haben das Dorf Beloserka im Gebiet Cherson mit Raketen aus einem Mehrfachraketenwerfer Uranan beschossen. Zwei Menschen, darunter ein Jugendlicher, wurden bei dem Beschuss getötet. Dies [teilte](#) das russische Verteidigungsministerium mit.

Etwa zehn Menschen wurden unterschiedlich schwer verletzt und mehrere Häuser beschädigt. Unmittelbar nach dem Beschuss sollen Militärpolizisten und Militäringenieure vor Ort eingetroffen sein und das Gebiet nach nicht explodierten Kampfmitteln und Sprengkörpern abgesucht haben.

Nach Angaben eines Anwohners schießen die russischen Luftabwehrsysteme mehrmals täglich Raketen über Beloserka ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b1393b480cc5df207b5d4.jpg>

8:05 de.rt.com: **Medienbericht: USA erwägen Entsendung von Spezialeinheiten zum Schutz der Botschaft in Kiew**

Beamte des Pentagons und des US-Außenministeriums erörtern Berichten zufolge die Möglichkeit einer Entsendung von Spezialeinheiten nach Kiew, um die Sicherheit der wiedereröffneten US-Botschaft zu gewährleisten. Das Wall Street Journal [berichtete](#) am Sonntag, dass das Kontingent im Falle eines solchen Beschlusses nur an der Sicherheit der Mission beteiligt sein werde.

Darüber hinaus würden Pläne zur Wiederherstellung der Präsenz von US-Marines erörtert, die normalerweise die diplomatischen Vertretungen der USA in aller Welt bewachen. Der Zeitung zufolge wurden jedoch keine offiziellen Anfragen zu diesem Thema an US-Präsident Joe Biden, Pentagon-Chef Lloyd Austin oder den Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte Mark Milley gestellt.

Eine Präsenz von US-Soldaten in der Ukraine würde Bidens ursprünglichen Erklärungen widersprechen, dass die USA keine Truppen in die Ukraine entsenden würden.

Zudem plädieren mehrere ranghohe Vertreter des US-Militärs dafür, die Spezialeinheiten, die an der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte beteiligt sind, in die Ukraine zurückbringen. Zurzeit ist der diplomatische Sicherheitsdienst des Außenministeriums für die Bewachung der US-Botschaft in Kiew zuständig.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 23.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

12 Mann;

2 Schützenpanzerwagen;

9 Fahrzeuge.

6 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die richtige Entscheidung getroffen, die Waffen niedergelegt und so ihr Leben erhalten.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 13 Geschosse mit 122mm-Artilleriegeschützen und 120mm-Mörsern auf Perwomajsk und Kremennaja abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

So haben gestern Soldaten der Volksmiliz der LVR gemeinsam mit Freiwilligen der „Gesamtrussischen Volksfront“ humanitäre Hilfe an die Einwohner von Bulgakowka geliefert.

8:30 de.rt.com: **Baltische Staaten stoppen Stromimporte aus Russland**

Nach Lettland haben nun auch Litauen und Estland ihre Stromimporte aus Russland wegen des Kriegs in der Ukraine eingestellt. "Dies ist ein wichtiger Schritt auf unserem Weg zur Energieunabhängigkeit", erklärte der litauische Energieminister Dainius Kreivys am Sonntag der Nachrichtenagentur AFP. Indem man sich weigere, russische Energie zu importieren, weigere man sich auch, die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine zu finanzieren.

Die europäische Energiebörse Nord Pool hatte am vergangenen Freitag eine Mitteilung an den russischen Energieversorger InterRao übermittelt, in welcher er darüber informiert wurde, dass er aufgrund internationaler Sanktionen vom Handel in den baltischen Staaten ausgeschlossen sei.

Mit Lettland, Litauen und Estland haben jetzt bereits drei baltische Staaten den Bezug von Strom aus Russland eingestellt.

Allerdings hatte der Anteil russischen Stroms in Litauen bereits im vergangenen Jahr lediglich noch 17 Prozent der Stromimporte ausgemacht. Die baltischen Staaten arbeiten demnach bereits seit geraumer Zeit an ihrer Unabhängigkeit von russischen Energieträgern. Hierfür wurde unter anderem die Infrastruktur zur heimischen Stromerzeugung ausgebaut sowie die Verbindungen nach Skandinavien verstärkt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b1c3eb480cc572b173ea8.jpg>

8:47 de.rt.com: **UN-Sicherheitsrat warnt: Weltweite Weizenvorräte könnten in zehn Wochen aufgebraucht sein**

Eine Expertin für Ernährungssicherheit hat vor dem UN-Sicherheitsrat davor gewarnt, dass die weltweiten Weizenvorräte bereits in zehn Wochen aufgebraucht sein könnten. Die Gründe hierfür seien vielseitig: Dürreperioden, der Klimawandel sowie der Krieg in der Ukraine trieben den Prozess demnach weiter voran.

Die weltweiten Vorräte an Weizen könnten nach Angaben einer Expertin für Nahrungssicherheit bereits in den kommenden zehn Wochen aufgebraucht sein. Der Krieg in der Ukraine sei zwar nicht die alleinige Ursache für die Krise der Ernährungssicherheit, allerdings habe der Konflikt zwischen Russland und dem osteuropäischen Land weiter "Öl in ein Feuer" gegossen, "das schon lange brannte", mahnte Sara Menker, Geschäftsführerin des Agraranalyseunternehmens Gro Intelligence, kürzlich bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats.

Die Ukraine und Russland gelten als "Kornkammern der Welt", da auf die beiden Länder fast ein Drittel der weltweiten Weizenexporte entfällt. Allerdings würden laut Menker vor allem die weltweiten Dürreperioden dazu beitragen, dass die Weizenressourcen so schnell sinken. Zudem beschleunigten der Klimawandel sowie der auf dem Markt herrschende Mangel an Düngemitteln den Prozess zusätzlich, so die Expertin für Nahrungssicherheit weiter.

"Es ist wichtig zu betonen, dass die Getreidelagerbestände weltweit so niedrig sind wie nie zuvor, während der Zugang zu Düngemitteln stark eingeschränkt ist", erklärte sie. "Und die Dürre in den Weizenanbaugebieten der Welt ist so extrem wie seit über 20 Jahren nicht mehr." Ähnliche Bedenken hinsichtlich der Lagerbestände würden demnach auch für Mais und andere Getreidesorten gelten.

"Wir haben derzeit nur noch Vorräte für zehn Wochen des weltweiten Verbrauchs auf Lager. Die Bedingungen sind heute schlechter als in den Jahren 2007 und 2008", sagte Menker. Die Weizenvorräte würden nach Schätzungen offizieller Regierungsstellen aus aller Welt lediglich noch etwa 33 Prozent des weltweiten Jahresverbrauchs abdecken, warnte die Expertin für Ernährungssicherheit. Allerdings fügte sie hinzu, dass die von Gro Intelligence erstellten Modelle zeigten, dass die Zahl eher sogar bei 20 Prozent liegen könne. Dies sei ein Niveau, das zuletzt 2008 erreicht wurde, so Menker abschließend.

Auch Weltbankpräsident David Malpass warnte bereits Ende April gegenüber dem britischen Sender BBC vor einer sich anbahnenden "menschlichen Katastrophe" aufgrund der infolge des Krieges gestörten Getreideproduktion. Bereits jetzt litten rund 800 Millionen Menschen Hunger, mahnte zudem der Vizepolitikchef der Welthungerhilfe, Rafaël Schneider, in der Neuen Osnabrücker Zeitung. Die Organisation sagte indes voraus, dass sich die jetzt schon bedrohliche Lage in naher Zukunft "drastisch" verschlimmern werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628a528c48fbef158b16f46b.jpg>

9:30 de.rt.com: **Putin-Vertreter in Krim-Fragen: Status des Asowschen Meeres hat sich**

geändert

Das Asowsche Meer ist zu einem gemeinsamen Meer Russlands und der Volksrepublik Donezk geworden. Das verkündete der ständige Vertreter der Krim beim russischen Präsidenten und stellvertretende Premierminister der Krim-Regierung Georgi Muradow. Muradow sagte gegenüber RIA Nowosti:

"Die Sonderoperation ermöglichte es der Donezker Volksrepublik, Mariupol zu erreichen und den von ukrainischen Nationalisten besetzten südlichen Teil der Republik zu befreien und damit ihren Zugang zum Asowschen Meer zu sichern. Dies ist nun ein Meer, das wir uns mit der DVR teilen."

Zuvor hatte der Krim-Abgeordnete Michail Scheremet erklärt, die Ukraine habe durch die russische Sonderoperation den Zugang zum Asowschen Meer verloren und damit die Pläne der NATO vereitelt, mit dem Bau von Militärstützpunkten in der Region Fuß zu fassen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b1f7c48fbef10373b35d5.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 170 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression **starben 2 Zivilisten und 6 wurden verletzt**. 17 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 35 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzer, 2 Schützenpanzerwagen und ein Panzerfahrzeug „Spartan“ vernichtet. 2 Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“ und ein gepanzertes Kommandostabsfahrzeug wurden erbeutet.

8 Soldaten der 25. Luftlandebrigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind

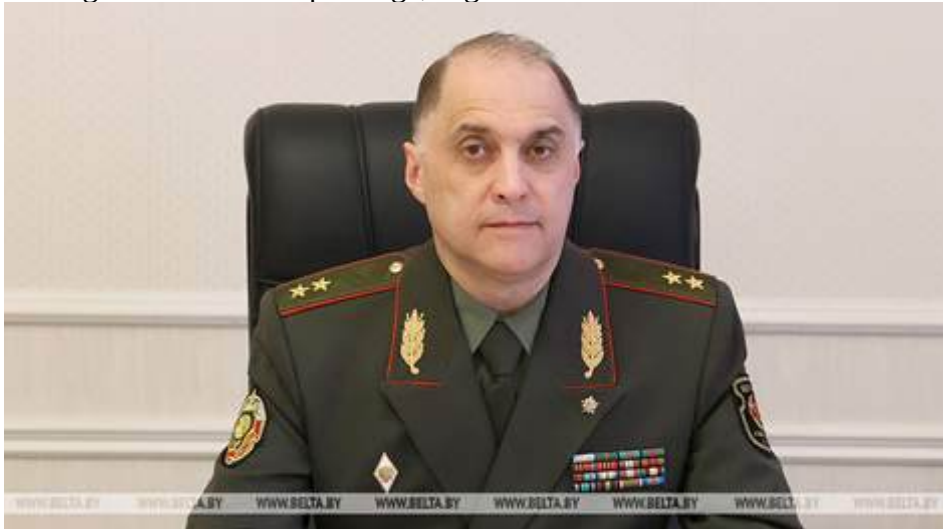
auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

10:34 (9:34) deu.belta.by: **Wolfowitsch: Aufklärungs- und Sabotagegruppen an der ukrainischen Grenze zu Belarus gesichtet**

An der ukrainischen Grenze zu Belarus werden Aufklärungs- und Sabotagegruppen gesichtet. Einige davon dringen auf das Territorium der Republik Belarus ein. Das erklärte Staatssekretär des Sicherheitsrates Alexander Wolfowitsch in einem TV-Interview.

„Schauen Sie sich an, was an den südlichen Grenzen von Belarus geschieht, in der Ukraine, die wir immer für unseren Freund und Bruder gehalten haben. Die Truppenstärke in Richtung Rowno beträgt heute etwa 10,5 Tausend Mann, in Richtung Tschernigow - 4,5 Tausend Mann und bei Kiew – über 5 Tausend Mann. Die ukrainische Staatsgrenze im Norden wird gestärkt – es werden Minen gelegt, Feuerstellungen errichtet, es agieren Aufklärungs- und Sabotagegruppen. An einigen Strecken dringen sie sogar auf das belarussische Territorium vor“, sagte Wolfowitsch.

Ihm zufolge ist die Zahl der Truppen im Gebiet von Polen, Litauen und Lettland in den letzten zwei Jahren gestiegen und liegt derzeit bei 37,5 Tausend Personen. „Die Ansammlung von Luftfahrzeugen hat sich vervielfacht und beläuft sich auf mehr als 135 Kampfflugzeuge auf dem Gebiet der Nachbarländer. Die Aufklärungsflüge sind häufiger geworden - 6-7 Einsätze entlang unserer Grenze pro Tag“, sagte der Sekretär des Sicherheitsrates.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1653293074_60755_big.jpg

9:57 de.rt.com: **Polnischer Premierminister: "Norwegen soll 'überschüssige Gewinne' aus Öl und Gas teilen"**

Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki wirft dem nördlichen Nachbarn vor, inmitten des Ukraine-Konflikts "ungerechte Öl- und Gaseinnahmen" zu machen. Dies sei eine "indirekte Ausbeutung des von Putin begonnenen Krieges" durch Norwegen.

Norwegen solle seine "übermäßigen Gewinne" teilen, die es angesichts des anhaltenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine mit den steigenden Öl- und Gaspreisen gemacht hat, äußerte sich der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki am Samstag auf dem Kongress des Nationalen Jugenddialogs. Morawiecki sagte:

"Aber sollten wir Norwegen gigantische Summen für Gas zahlen – vier- oder fünfmal mehr als noch vor einem Jahr? Das ist krank."

Der Ministerpräsident geht davon aus, dass der Überschuss des durchschnittlichen jährlichen Gas- und Ölgewinns für ein Land mit fünf Millionen Einwohnern wie Norwegen in diesem Jahr 100 Milliarden Euro übersteigen wird. Diese Gewinne sollen geteilt werden, so Morawiecki:

"Sie sollten diese überschüssigen Gewinne teilen. Das ist nicht normal, das ist ungerecht. Dies ist eine indirekte Ausbeutung des von Putin begonnenen Krieges."

Morawiecki forderte die jungen Polen zudem auf, ihren "norwegischen Freunden" online die großen Gasgewinne vorzuwerfen, um das Land zum Teilen des Reichtums zu bewegen.

"Schreiben Sie an Ihre jungen Freunde in Norwegen", sagte Morawiecki. "Sie sollten es sofort teilen", so der Politiker weiter. Er fügte noch hinzu, dass die Gewinne nicht unbedingt mit Polen, sondern mit der Ukraine geteilt werden sollten.

Unterdessen konnte Polens wichtigstes Gasunternehmen, die staatlich kontrollierte PGNiG SA, seinen Ebitda-Gewinn (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) im ersten Quartal fast verdoppeln und erreichte etwa 2,19 Milliarden US-Dollar (rund 2,08 Milliarden Euro), schreibt das Nachrichtenportal Bloomberg. Der Gewinn sei in erster Linie von der norwegischen Einheit des staatlichen polnischen Unternehmens erwirtschaftet worden, auf die fast die Hälfte dieses gewaltigen Betrags entfalle.

Darüber hinaus hat sich Polen aktiv mit Gas eingedeckt, bevor es von Russland nicht mehr beliefert wurde. Moskau stoppte die Gaslieferungen an das Land im letzten Monat, nachdem Warschau sich geweigert hatte, im Rahmen einer neuen Regelung, die Russland als Reaktion auf die europäischen Sanktionen eingeführt hatte, die Lieferungen in Rubel zu bezahlen.

Der Gasbedarf Polens ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, da das Land bestrebt ist, alte kohlebefeuerte Anlagen auslaufen zu lassen. Es wird erwartet, dass Warschau noch in diesem Jahr eine Gaspipeline aus Norwegen fertigstellt, ein wichtiges Projekt, das Polen helfen soll, seine Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b36d048fbef134377c423.jpg>

10:00 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk meldet möglicherweise mehr als 500 Tote in Rubeschnoje**

Mindestens 500 Zivilisten seien durch aktive Kampfhandlungen und Beschuss in der Stadt Rubeschnoje getötet worden. Das verkündete Sergei Below, Vorstandsmitglied der Lugansker Organisation "Ne sabudem, ne prostim" (zu Deutsch: "Kein Vergessen, kein Verzeihen") gegenüber [RIA Nowosti](#).

Belows Angaben zufolge seien 350 Zivilisten in dem von selbstorganisierten Einheimischen geführten Totenregister verzeichnet. Weitere 100 bis 150 Menschen, vielleicht sogar mehr, seien in anonymen Gräbern in der ganzen Stadt begraben oder lägen noch unter den Trümmern ihrer eigenen Wohnungen.

Zuvor hatten die LVR-Behörden während der Kämpfe 400 tote Einwohner von Rubeschnoje gemeldet. Einige von ihnen starben eines natürlichen Todes, wurden aber auch spontan beerdigt. Aufgrund der gefährlichen Situation und wochenlanger Kämpfe um die Stadt war es unmöglich, Beerdigungen auf Friedhöfen zu organisieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b263248fbef1d264c17c1.jpg>

11:03 (10:03) deu.belta.by: **Industrieministerium: Kein Werk in Belarus wegen Bauteilmangel geschlossen**

In Belarus wurde kein einziges Werk wegen des Mangels an Bauteilen geschlossen. Das erklärte der stellvertretende Industrieminister Dmitri Charitontschik in einer TV-Sendung bei Belarus 1.

„Wir haben es mit einem Prozess zu tun, der ununterbrochen läuft. Natürlich kommt es vor, dass mal hier mal da einige Positionen wegfallen und wir nach neuen Anbietern oder Lieferanten zu suchen haben. Ein Werk stellt seine Arbeit nicht ein, nur weil es irgendwo an etwas fehlt oder mangelt. Kein Werk in Belarus hat seine Arbeit unterbrochen, alle funktionieren regulär. Sie bekommen Aufträge und erfüllen die vor ihnen stehenden Aufgaben. Probleme werden immer operativ gelöst“, sagte Dmitri Charitontschik. Spürbare Ausfälle gebe es in Bezug auf einige Importgüter, zum Beispiel Zahnräder. „Aber das heißt nicht, dass die fehlenden Zahnräder den kompletten Produktionsbetrieb lahmlegen. Es gibt immer alternative Anbieter. Wir schauen immer darauf, wie die neuen Wettbewerbsbedingungen die Zwischen- und Endpreise beeinflussen können. Wir sind uns dessen bewusst, dass man es nicht zulassen sollte, dass der Endpreis zu hoch ist. Wir haben dafür zu sorgen, dass unsere Ware in jedem Fall konkurrenzfähig bleibt“, sagte der Vizeminister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1653293066_60754_big

.jpg

10:15 de.rt.com: **Selenskij bestätigt schwere Verluste seiner Streitkräfte**

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij verlieren in den Streitkräften der Ukraine jeden Tag bis zu 100 Menschen ihr Leben. Diese Aussage bedeutet für die Ukraine ein Schock, da die Kiewer Behörden die Verluste stets mit aller Macht verschweigen. Experten weisen jedoch darauf hin, dass diese Schätzung stark untertrieben sei. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums erleiden die ukrainischen Truppen täglich unwiederbringliche Verluste von 200 bis 500 Personen, Gefangene, Verwundete und Vermisste nicht inbegriffen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b292248fbef134e796dde.jpg>

10:20 de.rt.com: **Shell zieht sich aus Russland zurück**

Medienberichten zufolge soll der britische Ölkonzern Shell sämtliche Tankstellen in Russland geschlossen haben. Diese sollen an die Konkurrenz verkauft werden, heißt es. Derzeit arbeite das Unternehmen daran, alle Geschäfte in dem Land vollkommen zu schließen.

Der britische Ölkonzern Shell hat alle seine Tankstellen in Russland geschlossen. Das berichtete die Wirtschaftszeitung RBK diese Woche unter Berufung auf den Pressedienst des Unternehmens. Shell hatte zuvor sein russisches Einzelhandels- und Schmierstoffgeschäft verkauft.

Wie der Pressedienst dem Blatt mitteilte, wurde der Verkauf von Kraftstoff an den Tankstellen vollständig eingestellt, während die Geschäfte und Cafés dort weiterarbeiten.

In der vergangenen Woche hatte sich der Energiekonzern bereit erklärt, seine 411 Tankstellen in Russland an den zweitgrößten Ölproduzenten des Landes Lukoil zu verkaufen. Das Unternehmen teilte mit, dass mehr als 350 Beschäftigte von Shell Neft zu dem neuen Eigentümer wechseln werden.

Die Vereinbarung mit Lukoil folgte auf die Ankündigung von Shell Anfang März, sich schrittweise aus allen Projekten in Russland zurückzuziehen. Weiter kündigte das Unternehmen an, dass es alle Spotkäufe von russischem Rohöl einstellen und alle Joint Ventures aufgeben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b3a02b480cc572b173eb8.jpg>

10:20 de.rt.com: **Wegen angeblicher Bedrohung durch Russland: EU fordert Europa-Armee und höhere Verteidigungsausgaben – Bestände durch Hilfen an die Ukraine erschöpft**

In einem offenen Brief hat der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) als Behörde des EU-Außenbeauftragten Borrell die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union angesichts des Ukraine-Kriegs zur Gründung einer gemeinsamen Armee sowie zu noch größeren Investitionen im Bereich der Verteidigung aufgerufen. Demnach habe der Krieg in der Ukraine die "Dringlichkeit" erhöht, "die Verteidigungsausgaben zu erhöhen", heißt es in dem am Sonntag veröffentlichten Brief. "Jetzt geht es nicht nur darum, mehr Geld auszugeben, sondern auch darum, es gemeinsam auszugeben – denn nur so kann man besser ausgeben", erklärt die Behörde.

Das neue Sicherheitsumfeld zeige, dass die EU künftig mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen müsse. "Dafür brauchen wir moderne und interoperable europäische Streitkräfte, die sich am oberen Ende des Spektrums orientieren und auch danach streben, die Fähigkeiten und Kräfte zu vergrößern", so der EAD weiter.

Demnach seien insbesondere "die erschöpften Bestände, die aus der militärischen Unterstützung der Ukraine resultieren," ein Beispiel für die verteidigungstechnischen Defizite der EU. Deshalb plane die EU-Kommission auch "ein Instrument zur Stärkung der europäischen Kapazitäten der Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung einführen", erklärt das EU-Außenamt. Darüber hinaus werde derzeit zudem eine Aufstockung der Mittel für den Europäischen Verteidigungsfonds geprüft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b34e2b480cc56b50022dd.jpg>

11:15 de.rt.com: **Britische Regierung laut Beratern nicht auf Inflation infolge des Ukraine-Kriegs vorbereitet**

Die britische Regierung ist nach Angaben ihrer Berater nicht auf die enormen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und die Verknappung lebenswichtiger Güter vorbereitet,

die durch den Ukraine-Krieg ausgelöst werden. Gegenüber der britischen Zeitung The Independent erklärte der Leiter des zuständigen Beratungsgremiums Ian Wright am Sonntag, er sei besorgt, dass es in Großbritannien keinen angemessenen Plan für eine "beängstigende" Zukunft mit unterbrochener Lebensmittelversorgung gebe. "Das ist eine größere Krise als die Energiekrise."

Blockierte Häfen haben infolge des Ukraine-Kriegs dazu geführt, dass derzeit etwa 25 Millionen Tonnen Getreide in der Ukraine festsitzen. Neben den ärmsten Ländern der Welt sind jetzt allerdings auch zunehmend europäische Länder von der derzeit herrschenden Lebensmittelknappheit betroffen. "Ich glaube nicht, dass die Regierung die Auswirkungen all dieser Dinge vollständig erfasst hat. Die Dinge könnten ziemlich beängstigend werden, mit erheblichen Preissteigerungen und in Bezug auf die Lebensmittelarmut", so Wright weiter. "Viele Menschen, die mit der Lebensmittelindustrie zu tun haben, sind der Meinung, dass die Regierung dieses Problem jetzt mit größerer Dringlichkeit und Konzentration angehen muss, um sicherzustellen, dass das Land mit den benötigten Lebensmitteln versorgt wird", erklärte der Berater.

Der britische Verbraucherschützer Martin Lewis warnte zuvor gar, die steigenden Brennstoff- und Lebensmittelrechnungen der Haushalte könnten zu Unruhen führen:

"Ich mache mir Sorgen über zivile Unruhen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b482bb480cc4d87398d51.jpg>

11:34 de.rt.com: **Iran: Hochrangiger Offizier der Revolutionsgarde ermordet – Teheran verdächtigt Israel**

Ein ranghohes Mitglied der Spezialeinheit der Iranischen Revolutionsgarde wurde am Sonntagnachmittag auf offener Straße ermordet. Iranische Vertreter äußerten umgehend den Verdacht, dass Tel Aviv hinter der Aktion stehen könnte.

Sajjad Chodai, ein Oberst der Elitetruppe für Auslandseinsätze der Iranischen Revolutionsgarde, der Quds-Einheit, wurde von zwei auf Motorrädern sitzenden Attentätern vor seinem Haus im Osten Teherans erschossen. Das haben iranische Staatsmedien am Sonntag berichtet.

Chodai wurde mit fünf Schüssen getötet, als er tagsüber vor seinem Haus im Auto saß, in einer Straße, die als sichere Gegend gilt und unweit des iranischen Parlaments liegt. Seine Leiche wurde von seiner Frau entdeckt. Der Teheraner Staatsanwalt erschien umgehend am Tatort und forderte eine gründliche und schnelle polizeiliche Untersuchung.

Die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) bezeichnete die Ermordung Chodais als "terroristischen Akt" und machte "Elemente, die mit der globalen Arroganz verbunden sind", für das Verbrechen verantwortlich – eine Formulierung, mit der sich die Vertreter des IRGC

auf die USA, Israel und deren Verbündete bezogen. Chodai wurde gemeinhin als "Verteidiger der Heiligtümer" bezeichnet, was bedeutet, dass er mit der Quds-Truppe in Syrien und im Irak kämpfte. Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Said Chatibsadeh, sagte nach der Bekanntgabe der Tötung Chodais:

"Die eingeschworenen Feinde des heiligen Systems der Islamischen Republik Iran haben mit der Ermordung und dem Märtyrertod eines Mitglieds der IRGC-Truppen einmal mehr ihre böse Natur gezeigt."

Bis Sonntagabend hatte sich noch niemand zu dem Anschlag bekannt. Das Motiv für die Tötung ist nicht bekannt. Es handelt sich um den spektakulärsten Mordfall in Iran seit der Ermordung des Atomwissenschaftlers Mohsen Fachrisadeh im Jahr 2020. Zu Beginn desselben Jahres war der Befehlshaber der Quds-Truppen, Generalmajor Qassem Soleimani, bei einem US-Luftangriff auf den Flughafen von Bagdad ermordet worden. Bei dem Anschlag kam auch Abu Mahdi al-Muhandis, der stellvertretende Befehlshaber der Volksmobilisierungskräfte im Irak, ums Leben.

Die Iranische Revolutionsgarde und das Geheimdienstministerium verhafteten Berichten zufolge am Sonntag angebliche Mitglieder eines israelischen Geheimdienstnetzes und veröffentlichten eine Erklärung. Darin heißt es, die mutmaßlichen Agenten hätten versucht, persönliches sowie öffentliches Eigentum zu stehlen und zu zerstören, Menschen zu entführen und mithilfe eines Schlägernetzwerkes gefälschte Geständnisse zu erlangen. Israel hat bislang abgelehnt, sich zu den beiden Vorfällen zu äußern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b4ba8b480cc56997921e4.jpg>
g

11:40 de.rt.com: **Russische Menschenrechtsbeauftragte bittet das Internationale Komitee vom Roten Kreuz um Informationen über russische Kriegsgefangene**

Tatjana Moskalkowa, die Menschenrechtsbeauftragte in der Russischen Föderation, hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) aufgefordert, ihr Angaben über russische Kriegsgefangene in der Ukraine vorzulegen und das Organisieren von Besuchsmöglichkeiten zu unterstützen. Eine entsprechende Mitteilung hat Moskalkowa auf ihrem Telegram-Kanal veröffentlicht.

Laut Angaben von Moskalkowa erhielt sie bislang trotz mehrmaliger Aufrufe keinerlei verlässliche Informationen über russische Kriegsgefangene in der Ukraine:

"Weder wir noch ihre Angehörigen wissen, welche der russischen Kriegsgefangenen in der Ukraine durch Vertreter des IKRK besucht wurden, in welchem psychologischen und physischen Zustand sich diese Menschen befinden, ob die Auflagen der Genfer Konvention in Bezug auf sie [als Kriegsgefangene] erfüllt werden, ob sie die nötige medizinische Hilfe erhalten."

Die Menschenrechtsbeauftragte wies darauf hin, dass Russland seinerseits dem IKRK

durchaus ermöglicht hatte, ukrainische Kriegsgefangene aus dem Metallurgie-Kombinat "Asow-Stahl" in Mariupol zu registrieren. Damit habe das Komitee die Möglichkeit, zugleich auch die Einhaltung der völkerrechtlichen Normen in Bezug auf Kriegsgefangenschaft zu kontrollieren. Moskalkowa versicherte, dass sie auf die Einhaltung der Genfer Konvention für ukrainische Kriegsgefangene persönlich achten würde. Sie äußerte die Hoffnung, dass das IKRK die gleichen Prinzipien auch auf russische Kriegsgefangenen anwenden würde: "Es wäre sehr bitter zu erfahren, dass eine solch respektable Organisation wie das IKRK wie viele andere internationale Strukturen die Prinzipien des Humanismus vergessen hat und auf unsere Kriegsgefangene doppelte Standards anwendet."

nachmittags:

12:20 de.rt.com: **Biden: USA werden Taiwan militärisch verteidigen**

Sollte Peking beschließen, in Taiwan einzumarschieren, wird Washington die Insel gemäß seinen Verpflichtungen verteidigen. Dies sagte US-Präsident Joe Biden. Er deutete jedoch an, dass es nicht zu einem militärischen Konflikt in der Region kommen werde.

Die USA sind zu einer militärischen Antwort auf eine mögliche Gewaltanwendung Pekings gegen Taiwan bereit. Dies hat US-Präsident Joe Biden auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem japanischen Premierminister Fumio Kishida in Tokio gesagt.

Biden erinnerte an die entsprechenden Verpflichtungen Washingtons. Ihm zufolge spiele Peking mit dem Feuer, indem es in dessen Luftraum eindringe und in seinen Gewässern Manöver durchführe. Er erklärte:

"Unsere Politik in Bezug auf Taiwan hat sich nicht geändert: Wir setzen uns weiterhin für die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Straße von Taiwan ein und wollen sicherstellen, dass der Status quo nicht einseitig verändert wird."

Washington verfolge eine "Ein-China-Politik", aber das bedeute nicht, dass "China das Recht hat, Taiwan mit Gewalt einzunehmen", betonte Biden. Nach Ansicht des US-Präsidenten werde dies niemals geschehen.

Mehrere Staaten haben Taiwans Unabhängigkeit anerkannt, die USA gehören jedoch nicht dazu. Washington unterzeichnete mit Taipei im Jahr 1954 einen Vertrag über gegenseitige Verteidigung. Diese Regelung wurde im Jahr 1979 nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen aufgehoben, aber durch den US-amerikanischen "Taiwan Relations Act" ersetzt, der im Falle einer äußeren Bedrohung der Sicherheit Taiwans auch eine Verteidigungshilfe aus Washington vorsieht.

Im April kündigte China groß angelegte Militärübungen im See- und Luftraum vor der Insel an. Als Grund gab man an, die USA hätten "schwerwiegend irreführende Signale an taiwanesischen Separatisten gesendet".

US-Außenminister Anthony Blinken sagte zu, Taiwan mit allem zu versorgen, was es braucht, um sich gegen jede mögliche Aggression, auch aus China, zu verteidigen. Liu Pengyu, der Sekretär der chinesischen Botschaft in den USA, warnte Washington und wies darauf hin, mit Worten und Taten vorsichtig zu sein, "um die Beziehungen zwischen China und den USA nicht ernsthaft zu beschädigen". Vertreter Chinas weisen wiederholt darauf hin, dass die "Taiwan-Frage" eine innerchinesische Angelegenheit ist.

Am 27. April protestierte Peking gegen die Durchfahrt eines US-Zerstörers in der Straße von Taiwan. Die US-Marine erklärte, das Schiff befinde sich auf einer "routinemäßigen Durchfahrt" in Übereinstimmung mit internationalem Recht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b595bb480cc54b61e232c.jpg>

12:50 de.rt.com: **Neuseeländische Militärs sollen ukrainische Artilleristen ausbilden**

Die Premierministerin Neuseelands Jacinda Ardern hat laut Angaben der Nachrichtenagentur TASS angekündigt, ihr Land werde 30 Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums zur Ausbildung ukrainischer Militärangehöriger entsenden.

Wie Ardern auf der Homepage der Regierung Neuseelands mitteilte, sollen bis zu 30 neuseeländische Militärangehörige nach Großbritannien entsandt werden, um dort ukrainische Soldaten am leichten Geschütz vom Typ L119 auszubilden.

Dazu versicherte Neuseelands Verteidigungsminister Peeni Henare, dass die Militärangehörigen seines Landes ausschließlich mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten in Großbritannien beauftragt werden und dass keine Beauftragten des neuseeländischen Verteidigungsministeriums in ukrainisches Gebiet einreisen werden.

13:40 de.rt.com: **Nach Schröder nun auch Kneissl: Ehemalige Außenministerin Österreichs gibt Aufsichtsratsposten bei Rosneft auf**

Die ehemalige österreichische Außenministerin Karin Kneissl will den Aufsichtsrat beim russischen Ölkonzern Rosneft verlassen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Rosneft. Mit ihrer Entscheidung folgt Kneissl somit dem auch vom Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erfolgten Schritt, der zuvor öffentlich verkündet hatte, seinen Tätigkeit für Rosneft zu beenden. Kneissl [schrieb](#) auf Twitter, sie habe dem Konzern bereits im März mitgeteilt, nach dem Auslaufen ihres einjährigen Mandats nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Neben Reuters informierte auch die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti über die Entscheidung der ehemaligen Außenministerin. Demnach sei der Abschied Kneissls bereits am 20. Mai erfolgt. "Der Pressedienst von Rosneft teilt mit, dass Frau Karin Kneissl ihren Rücktritt aus dem Vorstand des Unternehmens eingereicht hat. In dem Schreiben heißt es, dass er am 20. Mai in Kraft treten wird. Das Dokument enthält auch einen Verzicht auf die Verlängerung der Amtszeit von Frau Kneissl im Vorstand des Unternehmens um eine zweite Amtszeit", heißt es in der Erklärung, aus der RIA Nowosti zitiert.

denis-pushilin.ru: Ein Tribunal über die Kämpfer Kiews, die sich in Gefangenschaft begeben haben, wird nach dem Vorbild der Tribunale über die Nazis nach dem Großen Vaterländischen Krieg stattfinden. Dies erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin am 23. Mai in einer Sendung bei „Rossija 24“.

„Sie (die Gefangenen) werden jetzt auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik festgehalten, im Weiteren ist ein internationales Tribunal geplant. Jetzt werden entsprechende Dokumente erstellt, eine Satzung geschrieben“, berichtete Denis Puschilin.

Er schloss nicht aus, dass, wie auch nach dem Großen Vaterländischen Krieg, Zwischenetappen bei den Tribunalen geben wird.

„Nach dem Beispiel, wie alles nach dem Großen Vaterländischen Krieg verlief. Und wir wissen, dass es vor Nürnberg auch in Kiew ein Tribunal gab und in Charkow“, sagte das Staatsoberhaupt. ...

13:54 de.rt.com: **"Gasbeziehungen zwischen Polen und Russland sind zu Ende" – Polen kündigt Vertrag über Gaslieferung**

Nach rund 30 Jahren Zusammenarbeit mit Russland im Gasbereich hat Polen angekündigt, dass es das Abkommen über russische Gaslieferungen vorzeitig aufkündigt. Es geht um den sogenannten Vertrag von Jamal. Gazprom liefert bereits seit dem 27. April kein Gas nach Polen.

Warschau kündigt das Abkommen über russische Gaslieferungen vorzeitig auf. Dies hat der Kabinettsbeauftragte für strategische Energieinfrastruktur Piotr Naimski im polnischen Rundfunk bekannt gegeben. Am 13. Mai habe die polnische Regierung unter Mateusz Morawiecki eine entsprechende Resolution angenommen. Weiter hieß es:

"Dieser Vertrag, der sogenannte Vertrag von Jamal, wurde 1993 unterzeichnet. Nach 30 Jahren können wir feststellen, dass die Gasbeziehungen zwischen Polen und Russland zu Ende sind."

In Bezug auf den polnischen Abschnitt der Jamal-Europa-Pipeline, über die der Brennstoff transportiert wird, sagte Naimski, dass die Infrastruktur auf Lieferungen aus Deutschland umgestellt werden könnte. Dieser Abschnitt sei Eigentum von EuroPolGaz und sein Betreiber sei GAZ-Sistem, der auch das gesamte Gasübertragungsnetz des Landes betreibe, so Naimski: "Der polnische Abschnitt der Jamal wird wie die anderen Abschnitte, die sich zu 100 Prozent im Besitz von GAZ-Sistem befinden, für den Gastransport durch polnisches Gebiet genutzt werden. Gleichzeitig kann dieser Teil der Pipeline genutzt werden, um Gas von Deutschland nach Polen zu transportieren."

Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, erklärte in diesem Zusammenhang, dass Polen eine "rabiante Haltung gegen Russland am Rande des Wahnsinns" eingenommen habe, sodass es kaum möglich sei, die Situation um den Transit von Gas aus Russland durch die Jamal-Europa-Pipeline vorherzusagen.

Gazprom setzte am 27. April die Zusammenarbeit mit Bulgargaz (Bulgarien) und PGNiG (Polen) aus, weil sich diese weigern, für Gas in der russischen Währung Rubel zu bezahlen. Laut dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Jacek Sasin habe das Land seine Gasversorgung auch ohne Lieferungen aus Russland im Griff. Die Speicher seien zu 84 Prozent gefüllt, so der Politiker.

Moskaus Forderung nach Zahlung in Rubel gilt für sogenannte unfreundliche Staaten, die wegen der Militäroperation in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt und die Devisenreserven des Landes eingefroren haben. Eine Reihe europäischer Energieunternehmen hält sich aber an die neuen Zahlungsbedingungen. Anfang des Monats gab Brüssel aktualisierte Leitlinien heraus, wie EU-Unternehmen Gas aus Russland in Rubel bezahlen können, ohne gegen die verhängten Sanktionen zu verstoßen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b5a05b480cc57de276ce2.jpg>

14:00 de.rt.com: **Pressebericht des russischen Verteidigungsministeriums:
Raketenangriffe gegen ukrainische Kommandostellen und Munitionslager**

Russische Rakentruppen und Artillerie haben laut der jüngsten Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums Russlands in den vergangenen 24 Stunden mehr als 680 ukrainische Ziele angegriffen. Unter anderem seien 37 Artillerie- und Mörserstellungen bombardiert, 13 Panzer und Schützenpanzer, 5 Mehrfachraketenwerfer sowie 3 Munitionslager vernichtet worden, erklärte der Pressesprecher des Ministeriums Igor Konaschenkow.

Des Weiteren sollen Russlands Luft- und Weltraumstreitkräfte gestern vier Kommandostellen und ein Fernmeldezentrum der ukrainischen Kampfgruppe "Nord" in der Nähe der Ortschaft Bachmut in der Volksrepublik Donezk und sechs Munitionslager in der Volksrepublik Lugansk mit Hochpräzisionswaffen angegriffen haben. Der Telegram-Kanal Wojennyj Osvedomitel (russ. "Kriegsberichterstatte") veröffentlichte ein Bild, das den Angriff auf eine ukrainische Militäreinrichtung in Bachmut zeigen soll.

Insgesamt seien seit Beginn des russischen Militäreinsatzes unter anderem 177 Flugzeuge, 125 Hubschrauber, 990 Drohnen und 3.226 gepanzerte Fahrzeuge der Ukraine vernichtet worden, erklärte Konaschenkow.

14:20 de.rt.com: **Kreml-Sprecher Peskow: Eine "Europa"-Armee wird der Europäischen Union nicht mehr Sicherheit bringen**

Die von Josep Borrell als dem Außenbeauftragten der Europäischen Union (EU) geforderte Schaffung einer "Europa"-Armee, wird die Sicherheit auf dem Kontinent nach Ansicht des Kreml-Sprechers Dimitri Peskow nicht verbessern. "Diese Idee impliziert die Militarisierung der EU und die Stärkung des militärischen Potenzials der Ukraine", erklärte Peskow am Montag vor Pressevertretern. "Das ist genau das, was der Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent nicht zuträglich ist."

"Wir wissen, dass Herr Borrell kein Verfechter diplomatischer Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten ist. Im Gegensatz zu dem Amt, das er bekleidet, zeigt er ständig, dass er aus einer Position der Stärke heraus handeln will", so Peskow weiter und erinnerte dabei zugleich an Borrells Äußerung, wonach das Problem der Ukraine auf dem Schlachtfeld gelöst werden solle.

Borrell hatte kurz zuvor argumentiert, dass die Europäische Union angesichts des Ukraine-Kriegs eine eigene Armee brauche, um für ihre Sicherheit zu sorgen. Seiner Meinung nach sei das aktuelle Sicherheitsumfeld ein klarer Beweis dafür, dass die EU selbst mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müsse. Dazu brauche das Staatenbündnis eine moderne und kompatible "europäische" Armee.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b69c2b480cc31113d1146.jpg>

14:40 de.rt.com: **Russischer Militärangehöriger in der Ukraine zu lebenslanger Haft verurteilt**

Wadim Schischimarin, ein russischer Angehöriger der russischen Streitkräfte, wurde Angaben der Nachrichtenagentur TASS zufolge von einem Kiewer Gericht zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt. Dabei verwies TASS auf die ukrainische Zeitung Strana, die in ihrem Telegram-Kanal die Urteilsverkündung veröffentlicht hatte.

Schischimarin ist der erste russische Militärangehörige, der seit dem Beginn der russischen Militäroperation von einem ukrainischen Gericht verurteilt wurde. Ihm wird ein Mord an einem Zivilisten im Gebiet Sumy beziehungsweise eine "Verletzung von Kriegsregeln und -bräuchen" vorgeworfen. Schischimarin soll sich schuldig bekannt haben.

Indessen erklärte Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, dass Moskau über die Situation um Schischimarin besorgt sei und nach Möglichkeiten zur Verteidigung des Soldaten suche. Die Nachrichtenagentur Interfax zitierte Peskow wie folgt:

"Natürlich sind wir über das Schicksal unseres Staatsbürgers besorgt. Leider haben wir keine Möglichkeit, seine Interessen vor Ort zu vertreten, denn die Tätigkeit unserer Einrichtungen in der Ukraine wurde eingestellt. Doch das bedeutet nicht, dass wir keine Versuche über andere Kanäle unternehmen werden."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b7a9b48fbef0408412057.jpg>

15:46 (14:46) deu.belta.by: **Putin nennt Stärkung industrieller Zusammenarbeit als Schlüsselthema des Treffens mit Lukaschenko**

Die Stärkung der industriellen Zusammenarbeit ist eines der Schlüsselthemen des Treffens zwischen den Staatschefs von Belarus und Russland in Sotschi. Dies sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko.

"Das Schlüsselthema des Treffens ist, natürlich, ... Man erwartet wahrscheinlich von mir, dass ich sage, dass Energetik wichtig sei. Ja, das ist wichtig, aber vor allem geht es um die industrielle Zusammenarbeit. Sie haben auch wiederholt die Frage aufgeworfen, ob wir hier weitere Schritte nach vorne machen sollten", sagte Wladimir Putin.

Der Staatschef nannte auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie und Landwirtschaft als die zu erörternden Themen.

Der russische Staatschef stellte fest, dass das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern zugenommen habe. Im vergangenen Jahr habe der Handel ein Rekordhoch von fast 38 Milliarden US-Dollar erreicht.

Der Präsident wies auch darauf hin, dass sich der Übergang zur nationalen Währung bei den Abrechnungen mit den Partnerländern bemerkbar gemacht hat. Für Belarus und Russland sei das nichts Neues, denn die Länder führen schon seit langem Handel nach diesem Prinzip und das Volumen der Zahlungen in russischen Rubel nehme zu.

"Sie haben das früher auch oft gesagt, dass wir es tun sollten. Die Situation hat sich objektiv so entwickelt, dass wir es geschafft haben. Nicht zum Nachteil unserer Partner", betonte Wladimir Putin. „Bei der Erfüllung all unserer Verpflichtungen stellen wir bei einigen Warengruppen auf die nationale Währung, den Rubel, um. Das trägt auch zur Stärkung des Rubels bei.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1653310264_60761_big.jpg

15:00 de.rt.com: **Oberhaupt der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin: Kontrollieren wichtigste Versorgungswege der ukrainischen Truppen im Donbass**

Die russischen Streitkräfte und Miliz-Einheiten der Volksrepublik Donezk (DVR) haben die Hauptversorgungswege des ukrainischen Militärs im Donbass blockiert. Die Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin live beim Fernsehsender Rossija-24 lautet:

"Die Hauptstraßen, die Hauptversorgungswege sowohl für Munition als auch für Treib- und Schmierstoffe sind blockiert und befinden sich unter mindestens operativer Kontrolle der Einheiten der Russischen Föderation und der Einheiten der DVR."

Über die wenigen für die ukrainischen Streitkräfte im Donbass noch immer offenen Routen sei nur ein Teil dieser Truppen lediglich notdürftig zu versorgen – und selbst dies gehe für Kiew stets mit einigen Verlusten einher, so Puschilin.

15:20 de.rt.com: **Kriegsgefangene vom Gelände "Asow-Stahl" könnten vor ein internationales Tribunal gestellt werden**

Denis Puschilin, Oberhaupt der Volksrepublik Donezk (DVR), hat der Nachrichtenagentur Interfax erklärt, dass alle ukrainischen Militärangehörigen, die sich im Metallurgie-Kombinat Asow-Stahl ergeben hatten, auf dem Gebiet der Republik interniert werden.

Für eine Verurteilung potenzieller Kriegsverbrecher unter diesen Gefangenen sei ein "Internationales Tribunal" geplant, das ebenfalls auf dem Gebiet der DVR stattfinden soll. Indessen gab der Stellvertretende Außenminister Russlands Andrei Rudenko bekannt, dass alle Verbrechen der ukrainischen Militärs und Neonazis in Russland dokumentiert würden. Auf eine Frage der Nachrichtenagentur TASS bezüglich der Ankündigung von Puschilin antwortete er:

"Wahrscheinlich ist ein solches Tribunal notwendig."

Zwischen dem 16. und 20. Mai 2022 haben sich im Hüttenwerk Asow-Stahl in der Stadt Mariupol 2.439 Personen, darunter viele Angehörige des neonazistischen "Asow"-Bataillons ergeben. Russlands Verteidigungsministerium erklärte, dass sowohl das Werk selbst als auch sämtliche unterirdischen Anlagen mittlerweile komplett unter russischer Kontrolle stehen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b661db480cc2da54ae292.jpg>

15:25 de.rt.com: **IWF-Chefin: Weltwirtschaft in schlechtester Verfassung seit dem Zweiten Weltkrieg**

Während ihrer Ansprache auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos wies die Chefin des IWF darauf hin, dass die globale Wirtschaft vor einer enormen Prüfung stehe. Die Welt sei mit einem möglichen Zusammentreffen mehrerer Katastrophen konfrontiert.

"Die Weltwirtschaft steht vor der größten Prüfung seit dem Zweiten Weltkrieg", sagte die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds Kristalina Georgieva zu Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos.

Der Konflikt in der Ukraine habe "die COVID-19-Pandemie – eine Krise nach der anderen – verschlimmert, Leben zerstört, das Wachstum beeinträchtigt und die Inflation in die Höhe getrieben". Sie warnte weiter:

"Hinzu kommen die stark gestiegene Volatilität auf den Finanzmärkten und die anhaltende Bedrohung durch den Klimawandel. Wir stehen vor einem potenziellen Zusammentreffen von Katastrophen."

Die IWF-Chefin wies auf die Auswirkungen der steigenden Lebensmittel- und Energiepreise auf die Haushalte in aller Welt hin und erklärte, die Krise schaffe große Probleme für "hoch verschuldete, anfällige Länder", die eine Umschuldung benötigten.

Georgieva forderte die reichen Länder auf, die Handelsschranken zu senken, den in Not geratenen Ländern zu helfen und die grenzüberschreitenden Zahlungssysteme zu verbessern. Die Warnung des IWF kommt inmitten der Befürchtung einer weltweiten Rezession, da die Produktion in China aufgrund der anhaltenden pandemiebedingten Einschränkungen stark

zurückgegangen ist. Gleichzeitig kämpfen Europa und die USA mit steigenden Lebenshaltungskosten und die Schwellenländer sehen sich infolge der Sanktionen gegen Russland, einem wichtigen Rohstofflieferanten, mit Lebensmittelengpässen konfrontiert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b7919b480cc2fb0027256.jpg>

15:40 de.rt.com: **DVR-Oberhaupt Puschilin: DVR wird Öffentlichkeit über Daten gefangener ausländischer "Freiwilliger" im Dienst der Ukraine informieren**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin hat in einer Sendung vom TV-Sender Rossija-24 live angekündigt, Informationen über ausländische Söldner publik zu machen, die sich an der Seite der ukrainischen Streitkräfte ergeben haben:

"Bald werden die Informationen über ausländische Söldner, die auf Seiten der ukrainischen Streitkräfte an Kriegshandlungen teilnahmen und sich in Gefangenschaft begeben haben, veröffentlicht werden."

15:44 de.rt.com: **Russland zieht seine Bewerbung für EXPO 2030 zurück**

Moskau kandidiert nicht mehr für die Ausrichtung der Weltausstellung EXPO 2030. Russland habe seine Bewerbung freiwillig wegen unfairen Wettbewerbs zurückgezogen, teilte das russische Außenministerium in einer Erklärung am Montag mit.

Das russische Außenministerium betonte in seiner Mitteilung, dass Moskau nicht mit einem fairen Wettbewerb und einer unparteiischen Bewertung rechnen könne, egal welche Vorteile die Stadt auch haben möge. Deshalb habe Russland beschlossen, seine Bewerbung freiwillig zurückzuziehen. Die entsprechende Mitteilung sei am Montag an das zuständige Internationale Büro für Ausstellungen geschickt worden.

Aus Sicht der Behörde sei die internationale Ausstellungsbewegung zu "einem weiteren Opfer einer groß angelegten antirussischen Kampagne des kollektiven Westens geworden". Von einem fairen Wettbewerb könne unter solchen Umständen keine Rede sein. Um welche Umstände es konkret geht, ist unklar. Das Außenministerium äußerte jedoch die Hoffnung, dass die globale Ausstellungsbewegung künftig zu ihren unpolitischen Aktivitäten zurückkehren und Bedingungen für die Teilnahme Russlands an einem gleichberechtigten Kampf schaffen werde.

Die EXPO wird alle fünf Jahre ausgetragen. Russland hat an der Leistungsschau seit Gründungsbeginn teilgenommen, allerdings war es nie Gastgeberland. Im Jahr 2021 bewarb sich Moskau erstmals um das Recht, die Weltausstellung im Jahr 2030 auszutragen. Nach dem freiwilligen Rückzug kämpfen um dieses Recht ab sofort nur noch vier Städte: Busan (Südkorea), Rom (Italien), Odessa (Ukraine) und Riad (Saudi-Arabien). Der Gewinner soll im Sommer 2023 bekanntgegeben werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b7ce2b480cc301065ebb0.jpg>
 Russische Volkstänzer treten auf der EXPO 2020 in Dubai auf

15:59 de.rt.com: **Lukaschenko: UN-Generalsekretär soll Regeln für neue Weltordnung schaffen**

Der weißrussische Präsident sprach in einem Schreiben an den UN-Generalsekretär von einem "Moment der Wahrheit für die UNO" und forderte sie auf, den Prozess der Schaffung einer neuen Weltordnung zu leiten, die allen Ländern Garantien bieten würde. Er warnte Guterres auch vor Absentismus und Abstinenz.

Die Vernachlässigung und Missachtung der Interessen der Partner habe das Vertrauen zwischen den Ländern der Welt und den multilateralen Institutionen beschädigt. Die derzeitige Situation könnte ein "Moment der Wahrheit für die UNO" nach fast 80 Jahren seit ihrer Gründung sein. Dies schrieb der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko an UN-Generalsekretär António Guterres. Der Text wurde von der staatlichen Agentur BelTA [veröffentlicht](#). Darin heißt es:

"Es ist nicht einmal an der Zeit für Helsinki 2, sondern für einen wirklich globalen und richtungsweisenden Prozess, an dem alle wichtigen internationalen Akteure beteiligt sind, im Geiste von San Francisco."

(Anm. d. Red.: Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fand ab dem 3. Juli 1973 in Helsinki statt. Sie führte zu einer neuen Weltordnung und Sicherheit in Europa für die Dauer des Kalten Krieges.

Von April bis Juni 1945 fand die Konferenz von San Francisco statt, auf der sich Delegierte aus 50 Ländern auf die UN-Charta und das Statut des Internationalen Gerichtshofs einigten.)

Lukaschenko erklärte, dieser Prozess solle zu "klaren und transparenten Vereinbarungen" führen, die die Regeln der "neuen Weltordnung" festsetzen, in deren Rahmen alle Mitglieder der Weltgemeinschaft auf absehbare Zeit Sicherheitsgarantien erhalten würden. Der UN-Generalsekretär, so der weißrussische Präsident weiter, könne eine "einzigartig unparteiische" Position im Prozess der friedlichen Beilegung des Konflikts in der Ukraine einnehmen. Lukaschenko schrieb:

"Gleichzeitig erwarten wir von Ihnen sinnvolle Kontakte zu allen Konfliktparteien."

Der weißrussische Präsident drückte seine Zuversicht mit den Worten aus, dass "jeder in der Welt sehr gut versteht", dass "mit den Händen der ukrainischen Soldaten" die Kräfte, die die "alleinige Führung" in der Welt beanspruchen, gegen die russischen Kräfte in der Ukraine kämpfen. Es lohne sich, Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, dass sich der Konflikt in der Ukraine in die Länge ziehe, so Lukaschenko. Um dies zu erreichen, müssten die Interessen und Sicherheitsbedenken aller Beteiligten – "globale und regionale Akteure" – berücksichtigt werden. Der Präsident warnte:

"Ein solches Ergebnis ist mit Absentismus oder Abstinenz nicht zu erreichen!"

Er versicherte, dass Weißrussland "kein Aggressor ist, wie einige Staaten versuchen, es darzustellen", und fügte hinzu, dass "wir aber auch keine Verräter sind".

Anfang Mai sagte Lukaschenko, dass das russische Vorgehen in der Ukraine "Minsk eine Menge gelehrt" habe. Er erklärte:

"Offen gesagt, wir haben unsere Armee und vor allem die Bewaffnung unserer Armee damals anders gesehen."

Lukaschenko betonte, dass die Armee nur mit modernen Waffen ihre Aufgaben effektiv erfüllen könne.

Später bezeichnete der weißrussische Präsident die russische Militäroperation in der Ukraine als "langwierig" und merkte an, dass er "nicht so sehr in das Problem eingetaucht" sei. Eine solche Einschätzung begründete er nur mit seinem inneren Gefühl. Der Kreml versicherte daraufhin, die Operation verlaufe "planmäßig".

Darüber hinaus äußerte Lukaschenko gegenüber den OVKS-Mitgliedern die Befürchtung, dass es ohne Zusammenhalt "uns morgen vielleicht nicht mehr gibt", und verwies auf die Überalterung des unipolaren Weltordnungssystems. Er sagte:

"Der kollektive Westen befindet sich in einem erbitterten Kampf um die Erhaltung seiner Position. Es werden alle Mittel eingesetzt."

Lukaschenko bestritt auch die Beteiligung des weißrussischen Militärs an der russischen Sonderoperation in der Ukraine. Der weißrussische Präsident erklärte, dass Russland einen Präventivschlag auf ukrainische Stellungen geführt habe, weil die ukrainischen Streitkräfte eine Offensive auf der Krim und im Donbass planten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b7e5b48fbef136b269c79.jpg>

17:14 (16:14) deu.belta.by: **NATO und Polen planen Einnahme der Westukraine.**

Alexander Lukaschenko zeigt sich besorgt

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute bei den Gesprächen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin in Sotschi seine Besorgnis darüber geäußert, dass die NATO und Polen die Westukraine einnehmen und somit das Land zerstückeln könnten, wie es 1939 der Fall war.

Der Staatschef wies darauf hin, dass er und Wladimir Putin viel zu besprechen hätten, besonders im Hinblick auf die Sicherheit, weil die Nordatlantische Allianz ihre Truppen an der westlichen Grenze konzentriere.

„In der Ukraine gibt es auf einmal interessante Dinge. Besorgniserregend für Sie und für uns sollte die Tatsache sein, dass sie (die Politiker) bereits Schritte unternehmen, um die Ukraine zu zerstückeln. Wir sind besorgt darüber, dass sowohl Polen als auch die NATO ihre Bereitschaft bekunden, der Ukraine auf diese Weise zu „helfen“, also die Westukraine einzunehmen, wie es 1939 der Fall war. Das macht uns Sorgen und nicht nur vom Standpunkt der Sicherheit. Dieselbe Strategie verfolgen sie auch in Bezug auf das Westbelarus. Deshalb sind wir sehr auf der Hut. Und wie ich bereits sagte, werden die Ukrainer uns noch bitten

müssen, die Abspaltung westlicher und anderer Gebiete der Ukraine nicht zuzulassen. Das ist mein Standpunkt, aber das wissen Sie ganz genau“, sagte Alexander Lukaschenko. „Wir werden fremde Probleme zu lösen haben. Zum Beispiel nach dem gestrigen Auftritt des polnischen Präsidenten Duda in Kiew. Apropos, in Polen hat er nicht mehr das Sagen. Er verbreitet nur Fakes.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1653315328_60764_big.jpg

16:15 de.rt.com: **Über 1.500 Kinder aus Donbass und Ukraine in Schulen sowie Kindergärten der Krim aufgenommen**

Laut Walentina Lawrik, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Jugend der Krim, haben die Schulen und Kindergärten der Halbinsel über 1.500 Kinder aufgenommen, die aus der Ukraine und den Donbass-Republiken evakuiert wurden. Die Nachrichtenagentur TASS zitierte die Ministerin mit den Worten:

"Gegenwärtig werden besuchen 154 Kinder einen Kindergarten, 1.430 – eine Schule, 10 Personen erhalten eine Berufsausbildung und 13 Personen eine akademische Ausbildung." Lawrik fügte hinzu, dass evakuierte Kinder nicht eigenständigen Klassen zugeteilt werden, sondern Schulen oder Kindergärten unmittelbar am Wohnort besuchen. Dies sei selbst dann möglich, wenn die Familien ihre Dokumente verloren hatten. Laut Lawrik unterstützen außerdem Psychologen sowohl die Kinder als auch gegebenenfalls deren Eltern oder andere Begleitpersonen.

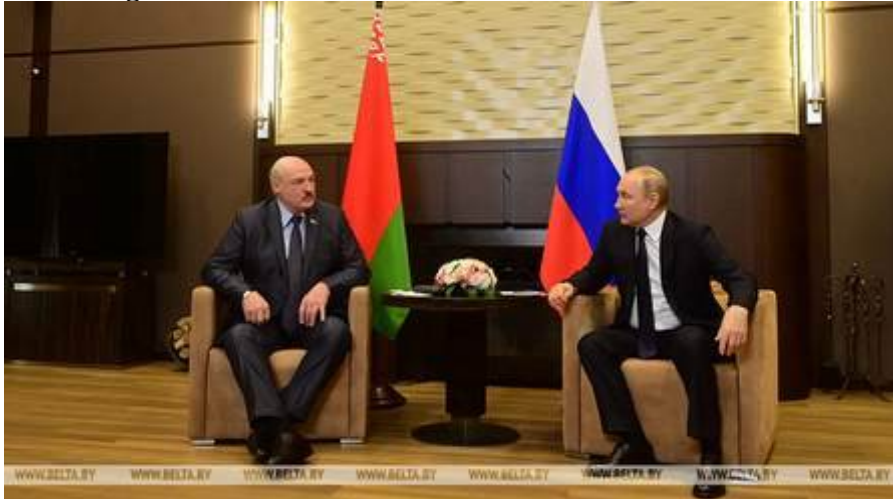
17:50 (16:50) deu.belta.by: **Lukaschenko über den Druck des Westens: Danke für den Anshub zur Entwicklung**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute bei den Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi darauf hingewiesen, dass die westlichen Sanktionen Russland und Belarus neue Impulse für die Entwicklung verliehen haben.

„Ich danke dem Westen wirklich dafür, dass er uns mit seinen Wirtschaftssanktionen einen Anstoß zur weiteren Entwicklung gegeben hat. Wir haben einen riesigen Markt, Ressourcen und Technologien. Was sich auf unseren Märkten abspielt, hat der Westen offensichtlich unterschätzt. Sie wurden aus ihren eigenen Medien informiert und nun müssen sie Inflation in Kauf nehmen... Aber ihrer Meinung nach ist Putin an allem schuld“, bemerkte das Staatsoberhaupt ironisch.

Alexander Lukaschenko betonte, dass es der Wirtschaft sowohl in Russland als auch im Unionsstaat immer besser geht. Die Wirtschaft erstartet. „Schauen Sie mal auf die Inflation oder die Arbeitslosigkeit. Sie geht zurück. Die Arbeitslosenquote ist rückläufig. Das ist gut. Der Rubel wird stärker. Vieles kommt unerwartet, vor allem für den Westen selbst. Denn wir haben so etwas in Kauf genommen. Es ist die Zeit, Chancen zu ergreifen. Und der Westen hat

uns dazu getrieben, wirtschaftlich mehr zu tun und vor allem intensiver“, sagte der Präsident.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1653317443_60766_big.jpg

17:00 de.rt.com: **Bundesverteidigungsministerium: Gepard-Panzer sollen bis Ende August an Ukraine geliefert werden**

Die von Deutschland vor rund vier Wochen für die Ukraine versprochenen 30 Flugabwehrpanzer vom Typ Gepard sollen nach Angaben des Verteidigungsministeriums noch vor September geliefert werden. Wie ein Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung am Montag mitteilte, sei es demnach angedacht, dass die restlichen 15 Panzer spätestens bis Ende August von der Industrie geliefert werden. Zuvor hatte das Ministerium bereits angekündigt, die ersten 15 Gepard-Panzer bis Mitte Juli an die Ukraine liefern zu können. Die hierfür benötigten Verträge zwischen der Ukraine und der Industrie sollen demnach voraussichtlich noch diese Woche geschlossen werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b848db480cc301065ebc0.jpg>

17:08 de.rt.com: **Transnistrien-Konflikt: Washington prüft Optionen für Waffenlieferungen an Republik Moldau**

Washington sei bereit, Waffen nach Moldau zu liefern. Das erklärte der US-Kongressabgeordnete Gregory Meeks. Die USA müssten jedoch erst mit der Regierung des Landes sprechen, um eine Einigung in dieser Frage zu erreichen.

Die Frage von Waffenlieferungen an die Republik Moldau werde derzeit mit den Behörden des Landes erörtert, verkündete Gregory Meeks, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige

Angelegenheiten des US-Repräsentantenhauses.

Er gab diese Erklärung am Samstag auf einer Pressekonferenz in Chişinău ab, wo er als Teil einer Delegation von US-Senatoren zu Gesprächen mit hochrangigen moldauischen Beamten eingetroffen war. Mit Blick auf mögliche Waffenlieferungen der USA an die ehemalige Sowjetrepublik erklärte er:

"Mein Standpunkt ist, dass wir mit der Regierung der Republik Moldau sprechen müssen. Wir müssen sicherstellen, dass wir uns darüber einig sind, was zu tun ist."

"Ich möchte nicht über das hinausgehen, worum die moldawische Führung bittet und ersucht. Ich denke, dass es einen Dialog, ein Gespräch zwischen unseren beiden Ländern geben muss."

"Die USA werden Moldawien zur Seite stehen."

Meeks fügte hinzu, dass diese Einigkeit und Zusammenarbeit der Grund dafür sei, dass "die Ukraine erfolgreich war und diese Region erfolgreich sein wird".

Am Freitag gab die britische Außenministerin Liz Truss bekannt, dass London auch Gespräche mit Verbündeten führe, um die Republik Moldau "auf NATO-Standard" zu bringen. Das kleine Land könnte Opfer von Wladimir Putins "Ambitionen zur Schaffung eines größeren Russlands" werden, behauptete Truss.

Moldau ist ein Land mit 2,6 Millionen Einwohnern, das zwischen der Ukraine und Rumänien eingezwängt ist. Das Land, dessen Neutralität in seiner Verfassung verankert ist, ist weder Mitglied der EU noch der NATO und gilt als eines der ärmsten Länder Europas.

Während des anhaltenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine kam es in der Region Transnistrien, die Anfang der 1990er-Jahre ihre Unabhängigkeit von Chişinău erklärt hatte, zu Explosionen und anderen Provokationen. Die selbsternannte Republik, die sich entlang der ukrainischen Grenze erstreckt, unterhält enge Beziehungen zu Moskau und beherbergt russische Friedenstruppen.

Ende April bot Kiew Chişinău seine Hilfe bei der gewaltsamen "Einnahme" Transnistriens an. Alexei Arestowitsch, der Berater des ukrainischen Präsidenten, erklärte:

"Wir hätten das schon irgendwie hinbekommen."

Er fügte aber hinzu, dass eine solche Operation nur auf Wunsch der moldauischen Behörden durchgeführt werden könne. Chişinău lehnte den Vorschlag ab und beharrte darauf, dass die Beilegung der Transnistrien-Frage mit politischen Mitteln und nur auf der Grundlage einer friedlichen Lösung erreicht werden könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628b6b58b480cc2f9a4dc1b0.jpg>

17:20 de.rt.com: **Russische Truppen besetzen Zufahrt zur Stadt Solotoje in der LVR**

Wie ein Korrespondent der russischen Zeitung Iswestija [berichtet](#), haben russische Truppen die Zufahrt zur Stadt [Solotoje](#) in der Lugansker Volksrepublik (LVR) besetzt. Die ukrainischen Streitkräfte wurden aus der Festung vertrieben, nun sei das gesamte Gebiet unter der Kontrolle der Streitkräfte der Russischen Föderation.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der

Territorialverteidigung der DVR am 23. Mai 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Störungs- und Wiederaufbauarbeiten an einer Basisstation und an Faseroptikkabeln in Mariupol durchgeführt.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 862 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 6 Hektar Territorium kontrolliert und 545 explosive Objekte entschärft.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 8715 humanitäre Pakete ausgegeben und 3800 Personen in Mariupol mit warmen Mahlzeiten versorgt.

In die befreiten Gebiete wurden 20 Tonnen Wasser geliefert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:55 de.rt.com: **Die Ukraine fordert EU-Kandidatenstatus bereits im Juni**

Die Ukraine erwarte die Unterstützung vieler europäischer Länder, um den Status eines EU-Beitrittskandidaten bereits im Juni 2022 zu erhalten, offenbarte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolajenko am Montag gegenüber der Zeitung Jewropejskaja Prawda. Er sagte:

"Wir bestehen darauf, dass der Ukraine bereits im Juni ein EU-Kandidatenstatus gewährt wird. Jetzt ist die Ukraine der einzige Ort in Europa, an dem die Menschen die europäischen Werte unter Einsatz ihres Lebens verteidigen. Die Kandidatur wird ein wichtiges Signal an die Ukrainer sein, dass Europa ihre Bemühungen schätzt und respektiert."

Der Sprecher fügte hinzu, dass die Verleihung des Status eines EU-Kandidaten keine "sofortige Mitgliedschaft" bedeute, und äußerte die Hoffnung, dass die Ukraine diesen Weg schneller gehen werde, wenn Frankreich und andere einflussreiche Länder Führungsstärke zeigen würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b8cb1b480cc31113d1170.jpg>

abends:

18:10 de.rt.com: Polens Aufruf zurückgewiesen: Norwegen will übermäßige Öl- und Gasgewinne nicht teilen

Norwegen hat auf die polnische Forderung nach einer Teilung der übermäßigen Energieeinnahmen mit der Ukraine oder Polen reagiert. Nach Angaben von Oslo leiden auch die Bevölkerung und die Wirtschaft Norwegens unter den steigenden Öl- und Gaspreisen. Norwegen hat deutlich gemacht, dass es der Forderung Polens, seine wachsenden Gewinne aus dem Öl- und Gashandel entweder mit Warschau oder mit Kiew zu teilen, nicht nachgeben werde. Der stellvertretende Außenminister Eivind Vad Petersson betonte, Norwegen lege seine Öleinnahmen in den Rentenfonds ein, der auch als Ölfonds bekannt ist. Wörtlich hieß es:

"Obwohl die Öleinnahmen infolge des Krieges in der Ukraine gestiegen sind, ist der Wert des Fonds gesunken. Seit dem Jahreswechsel ist der Wert des Fonds um etwa 550 Mrd. norwegische Kronen gesunken, was zum Teil auf den Rückgang des Aktienmarktes zurückzuführen ist."

Petersson zufolge habe auch die norwegische Wirtschaft unter den steigenden Strom- und Benzinpreisen gelitten. Gleichzeitig habe das Land bereits einen bedeutenden Beitrag zur Unterstützung der Ukraine geleistet und werde dies auch in Zukunft tun, unterstrich der Politiker.

Am Sonntag hatte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki behauptet, dass Norwegen in diesem Jahr durch den Anstieg der Öl- und Gaspreise infolge des Ukraine-Konflikts und der internationalen Sanktionen gegen Russland 100 Mrd. Euro mehr mit Energieverkäufen verdienen werde:

"Sie sollten diese überschüssigen Gewinne teilen. Das ist nicht normal, das ist ungerecht. Dies ist eine indirekte Ausbeutung des von Putin begonnenen Krieges."

Dabei präzisierte Morawiecki, dass Oslo sein Geld nicht unbedingt nach Polen, sondern auch in die Ukraine schicken sollte. Morawiecki forderte die jungen Polen außerdem auf, ihren norwegischen "Freunden" die massiven Gasgewinne online vorzuwerfen, um das Land dazu zu bringen, den Reichtum zu teilen.

Ebenfalls am Montag kündigte die polnische Regierung an, dass sie den sogenannten Vertrag von Jamal über russische Gaslieferungen vorzeitig aufkündigen werde. Am 13. Mai soll die polnische Regierung unter Mateusz Morawiecki eine entsprechende Resolution angenommen haben.

18:10 de.rt.com: **Schweden verstärkt militärische Hilfe für die Ukraine**

Schwedens Verteidigungsministerium hat in einer auf der Homepage der Regierung veröffentlichten [Pressemitteilung](#) verkündet, das Land werde zusätzliche militärische Hilfe an die Ukraine liefern. Die Lieferung bestehe aus "überschüssiger Ausrüstung". Konkrete Angaben dazu werden allerdings geheim gehalten, in der Pressemitteilung hieß es: "Die Geheimhaltung ist unter anderem notwendig, um sicherzustellen, dass die Hilfe ankommt und zur Verteidigung der Ukraine verwendet werden kann."

Das Verteidigungsministerium gab weiterhin an, Schwedens Parlament und Regierung hätten seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes der Ukraine bereits 10.000 Panzerbüchsen, 5.000 Helme, 5.000 Schutzwesten, Verpflegungsrationen, Minenräumausrüstung sowie 500 Millionen Kronen (umgerechnet etwa 47 Millionen Euro) zu Verfügung gestellt.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 23.05.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **5 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden 2 Zivilisten verletzt. 3 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Nationalisten hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 33 ukrainische Nationalisten, 8 Feuerpunkte, 2 Panzer, ein Kommandostabsfahrzeug und ein Panzerfahrzeug vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein Abwehrgeschütz SU-30 und 2 Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starb und 12 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.

Am 11. März 2022 geriet bei der Befreiung von Mariupol die Gruppe des Soldaten Jaroslaw Alexandrowitsch Tolstow in eine Falle der Nationalisten, aber dank sachkundiger und selbstloser Handlungen des Soldaten Jaroslaw Alexandrowitsch Tolstow, der seine Selbstbeherrschung in der schwierigen Lage nicht verlor und sein Leben riskierte, nahm dieser eine günstige Feuerposition ein und vernichtete eine Abteilung Personal der Neonazis des Regiments „Asow“ und einen Feuerpunkt des Gegners. Dank seiner sachkundigen Handlungen wurde die Einheit aus dem Feuer des Gegners herausgebracht und konnte die Angriffshandlungen fortführen.

18:30 de.rt.com: **Russische Streitkräfte stürmen Stadt Liman im Gebiet Donezk**

Nach Angaben des Kriegsberichterstatters der Zeitung Komsomolskaja Prawda Alexander Koz haben russische Streitkräfte Stellungen in der Stadt und Eisenbahnknotenpunkt Liman (ehemals Krasny Liman) bezogen und verdrängen ukrainische Truppen in Richtung Westen.

In seinem Telegram-Kanal [veröffentlichte](#) Koz ein Video, das einen Angriff russischer Mehrfachraketenwerfer vom Typ [TOS](#) auf ein ukrainisches Munitionslager zeigen soll. Auch die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN hat über Telegram eine Meldung [veröffentlicht](#), wonach russische Streitkräfte Teile von Liman bereits unter Kontrolle haben sollen.

dan-news.info: Die Gasversorgung der von der Ukraine kontrollierten Territorien der DVR und der LVR wurde eingestellt. Dies teilte heute der Operateur des Gastransportsystems der Ukraine mit.

„Seit 14:00 Uhr ist die Lieferung von Erdgas an diesen Abschnitt des Gastransportsystems (die von der Ukraine besetzten Teil der DVR und LVR – Anm. DAN) eingestellt. Inzwischen wurde der beschädigte Abschnitt der Gasleitung aufgefunden, aber Reparaturarbeiten und eine Wiederaufnahme des Gasflusses sind aufgrund der aktiven Kriegshandlungen nicht möglich“, heißt es in der Mitteilung.

Alternative Varianten für Gaslieferungen in die Region sind dem Unternehmen derzeit angeblich nicht zugänglich.

Wir erinnern daran, dass Kiew 2015 bereits die Gaslieferungen auf das von der DVR und LVR kontrollierte Territorium eingestellt und dies auch mit angeblichen Beschädigungen von Gasleitungen begründet hatte, die sich aber im tiefen Hinterland befanden. Diese Entscheidung wurde mitten in der Heizperiode getroffen, im Februar. Damals begann Russland direkt Gas in die Republiken des Donbass zu liefern.

19:10 de.rt.com: Erdoğan: **Die Türkei wird sich in die "Ukraine-Show" nicht einmischen**
Die Türkei werde sich nicht an der "Ukraine-Show" beteiligen, die Beziehungen zu Russland gingen weiter, erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan in einer Ansprache an die Nation nach einer Kabinettsitzung am Montag. Erdoğan wörtlich:

"Wir haben Russland klar und mutig unseren Standpunkt zur territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine dargelegt. Aber wir haben nicht die Absicht, uns in diese Show einzumischen, die Beziehungen zu Russland gehen auf allen Ebenen gleichermaßen weiter."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628bc92948fbef038c764e58.jpg>
g

19:15 de.rt.com: **"Kiew legalisiert de-facto die Besetzung des eigenen Landes": Maria Sacharowa zu Selenskijs Gesetzesentwurf über besonderen Rechtsstatus polnischer Bürger in der Ukraine**

Der Vorstoß des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, den polnischen Bürgern in der

Ukraine einen besonderen rechtlichen Status zu gewähren, weise auf den Wunsch Kiews hin, die ukrainische Staatlichkeit zu untergraben. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in ihrer Stellungnahme zu dem entsprechenden Gesetzentwurf, den Selenskij zuvor angekündigt hatte. Sie schrieb auf ihrem Telegram-Kanal: "Nicht die Separatisten, sondern der Präsident des Landes selbst übergibt den Bürgern eines anderen Landes die Rechte auf dem Territorium seines eigenen Staates, ohne sie in die ukrainische Staatsbürgerschaft einzuführen."

Die Souveränität der Ukraine gehe im ukrainischen Präsidialamt absolut niemanden etwas an, sodass man sich eher überlege, an wen sie weitergegeben werden soll, anstatt sich zu fragen, wie sie zu erhalten sei, kommentierte Sacharowa und bezeichnete die Gesetzesinitiative als eine "Souveränitätspanne". Die Behördensprecherin argumentierte ferner:

"Unter dem Vorwand, die eigene Identität zu bewahren, zerstört das Kiewer Regime diese, indem es acht Jahre lang auf das eigene Volk schießt und nun etwas noch nie Dagewesenes tut: Es legalisiert die faktische Inbesitznahme des eigenen Landes."

Zuvor hatte Selenskij sein Vorhaben angekündigt, den Gesetzentwurf über den besonderen Rechtsstatus polnischer Bürger in der Ukraine beim ukrainischen Parlament einzureichen. Darüber hinaus teilte der Staatschef seine Pläne mit, ein Abkommen zur Vereinfachung des Grenzübertritts mit Polen zu unterzeichnen. Selenskij zufolge sollte es keine Grenzen oder Barrieren zwischen den Ländern geben, da das ukrainische und das polnische Volk geistig schon lange nicht mehr getrennt seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/628b9ccfb480cc371145abdf.jpg>

19:56 de.rt.com: **Außenminister Malis lobt "beeindruckende Ergebnisse" der Sicherheitszusammenarbeit mit Russland**

Der malische Außenminister lobte in den höchsten Tönen die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation im Militärbereich. Die malische Armee sei nun zu einer Offensive gegen terroristische Gruppen übergegangen.

Der malische Außenminister Abdoulaye Diop hat erklärt, dass sein Land dank der Sicherheitskooperation mit Russland und der Einfuhr russischer Militärausrüstung unabhängige Luftkampfkapazitäten aufbauen und eine Gegenoffensive gegen Terroristen starten könne, wie die Nachrichtenagentur Sputnik berichtete. Der malische Chefdiplomat erklärte:

"Ich muss Ihnen sagen, dass unsere Zusammenarbeit mit Russland bereits beeindruckend gute Ergebnisse hervorbringt. Heute kann Mali dank russischer Hilfe unabhängig Aufklärung betreiben und auch aus der Luft angreifen. Die derzeit laufenden Militäroperationen werden von den malischen Streitkräften vollständig koordiniert."

Die bilaterale militärisch-technische Zusammenarbeit besteht schon seit Jahren und wurde

2019 in einem Abkommen erneuert, in dessen Rahmen Mali militärische Ausrüstung, Flugzeuge, Waffen und andere Ausrüstungsgegenstände aus Russland bezieht sowie einschlägige technische Unterstützung und Fachwissen erhält.

Der Import von Waffen aus Russland ermöglichte es Mali, seine Verteidigungsstrategie zu ändern und fast im gesamten Land Gegenoffensiven gegen Terroristen zu starten, betonte der Minister.

"Eine Zeit lang blieben wir auf dem Boden, in den Lagern (und kamen nicht voran), und die Terroristen griffen uns an. Jetzt, da die malische Armee in die Offensive geht, sind unsere Truppen mobiler geworden, dank der Luftfahrt, die den Soldaten hilft, sich zu bewegen. Wir rücken vor, führen Angriffe durch, und dank dieser groß angelegten Operationen wird die Terrorgruppe getroffen."

Im Anschluss an die Verhandlungen mit Diop in Moskau in der vergangenen Woche hatte der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärt, dass Moskau Mali weiterhin bei der Verbesserung der Kampffähigkeit seiner Streitkräfte unterstützen werde, da Russland daran interessiert sei, dass die Krisen in Afrika so schnell wie möglich gelöst werden.

Die russische Hilfe habe auch dazu beigetragen, die Sicherheitslage im Land zu stabilisieren, damit Tausende malischer Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren könnten, so Diop.

"Während der drei- bis viermonatigen Operation konnten mehr als 100.000 Menschen in ihre Heimat zurückkehren. In vielen Siedlungen wurden bereits Märkte eröffnet, die Menschen gehen ihrem gewohnten Leben nach und bestellen die Felder."

Der Besuch Diops in Russland fand vor dem Hintergrund eines versuchten Militärputsches in Mali statt. Nach Angaben des malischen Ministeriums für Territorialverwaltung und Dezentralisierung unternahm eine Gruppe von Militärs, die von einem "westlichen Staat" unterstützt worden sein sollen, am 12. Mai einen Putschversuch in dem afrikanischen Land, der jedoch vom Rest der Armee verhindert wurde.

Im Mai letzten Jahres hatten die malischen Streitkräfte unter der Führung des damaligen Vizepräsidenten Assimi Goïta Interimspräsident Bah N'Daw und den amtierenden Premierminister Moctar Ouané ihres Amtes enthoben, nachdem sie ihnen vorgeworfen hatten, gegen die Übergangsregeln verstoßen zu haben. Ein Militärrat übernahm die Kontrolle über das Land und kündigte an, im Jahr 2022 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abhalten zu wollen. Im Juni 2021 hatte Malis Verfassungsgericht Goïta zum Interimspräsidenten erklärt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/628ba9cf48fbef015e5f0448.jpeg>

21:39 (20:39) **novorosinform: 500 ukrainische Kämpfer ergaben sich in Krasny Liman-Markow**

Der Politikwissenschaftler Sergej Markow kündigte einen bevorstehenden Wendepunkt an der Front in der LVR an.

Während der Kämpfe um Krasny Liman ergaben sich etwa 500 ukrainische Kämpfer,

[berichtete](#) Markow auf seiner Vkontakte-Seite.

Die Massenkapitulation der Streitkräfte der Ukraine ist seiner Meinung nach eine Folge der Kapitulation der riesigen Gruppe ukrainischer Kämpfer im Werk Asowstal.

Ihm zufolge werde Krasny Liman bald vollständig befreit, was zu einem Wendepunkt an der Front in Richtung Lugansk führen werde.

„Die Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine in Sewerodonezk und Lisitschansk steht kurz vor der vollständigen Einkreisung. Sie wird sich in den kommenden Tagen oder vielleicht Stunden entweder zurückziehen oder vollständig umzingelt werden“, fügte Markow hinzu.